

19. Wahlperiode

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Elektronische Bezahlkarte für alle Asylbewerber und Geduldete außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften in Berlin endlich dauerhaft und umfassend einführen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, in Berlin unverzüglich die beschlossene elektronische Bezahlkarte für Asylbewerber und Geduldete außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften einzuführen, die mit einer dauerhaften Beschränkung für die Bargeldabhebung versehen ist und für alle Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gelten soll. Weitere Verzögerungen und Abschwächungen des Konzepts führen zu Fehlanreizen, die das bei Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylbewerbern bereits völlig überlastete Berlin unbedingt zu vermeiden hat.

Zudem wird der Senat aufgefordert, unter Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten den Kauf von Gutscheinen bei der Bezahlkarte auszuschließen, um die systematische Umgehung der Bargeldgrenze durch Umtausch von Gutscheinen gegen Bargeld zu unterbinden. Ebenfalls soll die Verwendung der Bezahlkarte an Glücksspielautomaten, in Spielhallen und für sexuelle Dienstleistungen ausgeschlossen werden.

#### ***Begründung:***

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben sich auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 06.11.2023 (!) auf die Einführung einer Bezahlkarte

für Asylbewerber in allen Bundesländern geeinigt<sup>1</sup>; die entsprechende Änderung des AsylbLG wurde am 26.04.2024 abschließend durch den Bundesrat beschlossen.

Mit der Änderung haben sich alle Bundesländer verpflichtet, die Leistungsträger beim Verwaltungsaufwand für die Versorgung von Asylbewerbern und Geduldeten zu entlasten, den Missbrauch der Leistungen für Überweisungen ins Ausland zu verhindern und Fehlanreize durch Erhalt frei verwendbarer größerer Bargeldsummen zu reduzieren. Ebenso wird das Ziel verfolgt, die Unterstützung des verbrecherischen Menschenschmuggels durch Zahlungen an Schleuser zu unterbinden, die das Land Berlin gezielt als Anlaufstelle für ihre kriminellen Aktivitäten auswählen.

Während alle übrigen Bundesländer die Bezahlkarte entweder schon eingeführt oder Pilotprojekte gestartet und sich feste Termin für die Einführung gegeben haben,<sup>2</sup> kommt Berlin der Umsetzung einfach nicht nach. Auch in vielen europäischen Ländern wie Frankreich, Großbritannien oder Österreich ist die Bezahlkarte längst geübte Praxis und es werden gute Erfahrungen damit gemacht.<sup>3</sup> Doch in Berlin sah sich der Senat bis heute außerstande, einen konkreten Zeitpunkt für die tatsächliche Umsetzung des Vorhabens zu nennen und hat erst zum Jahresende 2024 eine Beschlusslage geschaffen.<sup>4</sup>

Demnach sollen neu ankommende Asylbewerber die Bezahlkarte nur für die Dauer ihres Aufenthalts in Aufnahmeeinrichtungen erhalten.<sup>5</sup> Darüber hinaus soll nach sechs Monaten die vorgesehene Bargeldgrenze von 50 € komplett entfallen. Gleichzeitig ist beabsichtigt, die Bezahlkarte einer „Evaluation“ zu unterziehen, wobei die Höhe der Bargeldgrenze infrage gestellt wird.<sup>6</sup> Dies widerspricht den Vereinbarungen der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler und untergräbt die vereinbarte Lenkungswirkung der Maßnahme.

Um die beabsichtigte Wirkung einer Bezahlkarte für Asylbewerber zu erreichen - insbesondere die Beseitigung von Fehlanreizen für Asylanträge, die Entlastung der Berliner Verwaltung, sowie die Unterbindung krimineller Aktivitäten von Schleuserbanden - muss die umfassende und dauerhafte Einführung der Bezahlkarte für ausnahmslos alle Empfänger von Geldleistungen nach dem AsylbLG wirksam werden. Das Bargeldlimit muss während der gesamten Dauer eines Leistungsbezugs gelten.

Ganz besonders in Zeiten einer Haushaltsnotlage müssen die zu erwarteten Effizienzsteigerungen mittels der Bezahlkarte voll ausgeschöpft und ohne weitere Verzögerung flächendeckend etabliert werden.

In verschiedenen Kommunen, die bei der Einführung der Bezahlkarte Vorreiter waren, hat sich die Wirksamkeit der Karte zum Abbau von Fehlanreizen schon eindrucksvoll gezeigt: So berichteten etwa die Thüringer Landkreise Greiz, Eichsfeld und Schmalkalden-Meinungen von einem massiven Wegzug von Asylbewerbern und eine gesteigerte Aufnahme von Arbeitsverhältnissen in Reaktion auf die Einführung<sup>7</sup>. Da sich durch die Bezahlkarte nichts an

---

<sup>1</sup> Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 6. November 2023 – Beschluss Flüchtlingspolitik (<https://www.bundesregierung.de/resource-/blob/975228/2235232/cfdda9bbcb5618770e9a8dde8fedea87/2023-11-07-mpk-fluechtlingspolitik-data.pdf?download=1>)

<sup>2</sup> vgl. zur Übersicht: Mediendienst Integration: Unterschiedliche Regeln für Bezahlkarten je nach Bundesland, <https://datawrapper.dwcdn.net/fbpW5/19/>

<sup>3</sup> vgl. [www.focus.de/politik/ausland/sach-und-geldleistungen-fuer-asylbewerber-bezahlkarte-kommt-so-spendabel-sind-unsere-nachbarn-mit-gefuechteten\\_id\\_218742025.html](http://www.focus.de/politik/ausland/sach-und-geldleistungen-fuer-asylbewerber-bezahlkarte-kommt-so-spendabel-sind-unsere-nachbarn-mit-gefuechteten_id_218742025.html)

<sup>4</sup> vgl. Drs. 19/20992: 2 f.

<sup>5</sup> <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/11/bezahlkarte-fluechtlinge-berlin-einigung-senat-cdu-spd.html>

<sup>6</sup> vgl. Drs. 19/21160: 2

<sup>7</sup> Bild (20.01.2024): Erste Flüchtlinge reisen wegen Bezahlkarte ab, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/thueringen-erste-fluechtlinge-reisen-wegen-bezahlkarte-ab-86810354.bild.html>; Bild (06.06.2024): Erste

der Höhe der gewährten Leistungen geändert hat, verdeutlicht dies, dass offenbar vielfach keine Gründe für Asyl in Deutschland bestanden haben, wenn die Umstellung auf die Karte den maßgeblichen Grund für eine Ausreise bildet.

Zur Aushöhlung der Beschränkung durch die Bargeldgrenze haben sich in Hamburg oder Brandenburg bereits aktivistische Initiativen sogenannte „Tauschbörsen“ eingerichtet,<sup>8</sup> die den Tausch von mit der Bezahlkarte erworbenen Gutscheinen gegen Bargeld vermitteln<sup>9</sup>. In Bayern wird bereits ein Verbot dieser Tauschbörsen erwogen. Diese Initiativen unterlaufen die zentrale Zielsetzung der Bezahlkarte. Da diese Praxis hinlänglich bekannt ist, sollte von vornherein auch in Berlin der Kauf von Gutscheinen mit der Karte unter Nutzung aller technischen Möglichkeiten unterbunden werden, wie dies auch Hamburg geregelt hat<sup>10</sup>.

Die geforderten Ausschlüsse für bestimmte weitere Ausgabenkategorien begründen sich darin, dass die Leistungen für Asylbewerber nur zur Deckung des grundlegenden alltäglichen Lebensbedarfs bestimmt sind.

Berlin, den 17. März 2025

Dr. Brinker Wiedenhaupt Dr. Bronson Lindemann  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

---

Bezahlkarten-Bilanz: Migranten gehen arbeiten oder reisen ab!, <https://www.bild.de/politik/inland/erste-bezahlkarten-bilanz-migranten-gehen-arbeiten-oder-reisen-ab-664f0ec64789a32b91f26bf2>

<sup>8</sup><https://www.n-tv.de/regionales/berlin-und-brandenburg/Bezahlkarte-Fluechtlinge-tauschen-Gutscheine-gegen-Bargeld-article25623558.html>

<sup>9</sup> Bezahlkarte Nein: , <https://www.bezahlkarte-nein.de/vouchers>

<sup>10</sup> vgl. Hamburger Amt für Migration: Bezahlkarte / Sozialkarte - Leistungen nach AsylbLG > Voraussetzungen, <https://www.hamburg.de/service/info/111095363/>